

Aktuelle Stunde (§ 71 GeoLT)

eingbracht am 07.02.2025, 09:16:04

Landtagsabgeordnete(r): LTAbg. Jochen Bocksrucker (SPÖ), LTAbg. Mag.Dr. Wolfgang Dolesch (SPÖ), LTAbg. Chiara-Sophia Glawogger (SPÖ), LTAbg. Mag.(FH) Stefan Hofer (SPÖ), LTAbg. Mag. Doris Kampus (SPÖ), LTAbg. Johannes Schwarz (SPÖ), LTAbg. Andreas Thürschweller (SPÖ), LTAbg. Klaus Zenz (SPÖ)

Fraktion(en): SPÖ

Regierungsmitglied(er): Landesrat Mag. Stefan Hermann, MBL, Landeshauptmann-Stv. Manuela Khom

Betreff:

Kommunale Daseinsvorsorge bedroht: Unsere Gemeinden in der Krise

Unsere Städte und Gemeinden stehen vor einer der größten Herausforderungen der letzten Jahrzehnte. Die Auswirkungen treffen die Menschen, die in unseren Städten und Gemeinden leben.

Die österreichische Wirtschaft hat, als eine der wenigen in der EU, unter türkis-grüner Bundesregierung keinen Aufschwung erlebt, sondern eine massive Verschlechterung erfahren. Diese wirtschaftliche Lage beeinflusst die Finanzsituation der Städte und Gemeinden erheblich.

Aus der WIFO-Konjunkturprognose (https://www.wifo.ac.at/wp-content/uploads/upload-2441/kp_2024_04.pdf) vom Dezember 2024 geht hervor, dass die österreichische Wirtschaft im Jahr 2024 um knapp 1 % geschrumpft ist. Für 2025 wird ein moderates Wachstum von 0,6 % prognostiziert. Im Vergleich zur vorherigen Schätzung wurde die Prognose für 2024 nach unten korrigiert, was die anhaltend schwierige wirtschaftliche Lage widerspiegelt. Zudem steht eine neue Bundesregierung vor der Aufgabe einer erheblichen Budgetkonsolidierung, deren Auswirkungen gegenwärtig noch nicht absehbar sind.

Die anhaltend schwache Wirtschaftsentwicklung führt bereits zu einem spürbaren Anstieg der Arbeitslosenquote, die im Jahr 2024 voraussichtlich 7,0 % erreichen wird. Ein Anziehen des Beschäftigungswachstums wird erst gegen Ende 2025 erwartet, sodass die Arbeitslosenquote zunächst auf 7,4 % ansteigen dürfte.

Die aktuellen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen führen zu niedrigen Ertragsanteilen und belasten unsere steirischen Städte und Gemeinden in besonderem Maße. Hohe Energiepreise, gestiegene Sozialausgaben und notwendige Investitionen in die Infrastruktur führen zu einem erheblichen Anstieg der Kosten, während die Einnahmen auch aufgrund eines ungünstigen Finanzausgleichs für die steirischen Kommunen stagnieren. Diese ungleichen Entwicklungen stellen eine erhebliche finanzielle Herausforderung dar.

Darüber hinaus müssen Städte und Gemeinden eine Vielzahl von Vorgaben erfüllen, die durch nationale Gesetze, EU-Richtlinien und regionale Regelungen festgelegt sind. Diese decken unterschiedlichste Bereiche wie Infrastruktur, Bildung, Soziales und Umwelt ab. Beispiele hierfür sind die Bereitstellung von Kinderbetreuung und Bildungsangeboten, die Erhaltung von Pflichtschulen, das Zivilschutz- und Katastrophenmanagement sowie die Organisation und Unterstützung der freiwilligen Feuerwehr und Rettungsdienste.

Der Städte- und Gemeindebund hat erst vor Kurzem auf die erheblichen wirtschaftlichen Herausforderungen hingewiesen, vor denen die Gemeinden derzeit stehen. Erwin Dirnberger, Präsident des steirischen Gemeindebundes, brachte die Situation eindringlich auf den Punkt: „So schlimm war es noch nie.“ (<https://www.krone.at/3613551>).

Die Städte und Gemeinden werden aufgrund der finanziellen Engpässe in den letzten Jahren verstärkt zum Sparen aufgefordert. Der Spielraum für Sparmaßnahmen bei den Kommunen ist durch gesetzliche Verpflichtungen, die Notwendigkeit der Daseinsvorsorge und die eingeschränkten Einnahmen mittlerweile relativ begrenzt.

Das Sparen an der Daseinsvorsorge ist kurzsichtig. Zum einen belasten kommunale Sparmaßnahmen die lokale Wirtschaft erheblich, da Kommunen eine zentrale Rolle als Auftraggeber für lokale Unternehmen spielen. Der Verlust von Aufträgen und Arbeitsplätzen schwächt die wirtschaftliche Aktivität in der Region nachhaltig. Zum anderen gefährden solche Einsparungen langfristig die Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger, die wirtschaftliche Stabilität der Gemeinden und die Erfüllung zentraler Aufgaben der öffentlichen Versorgung.

Einschränkungen bei öffentlichen Dienstleistungen – wie verkürzte Öffnungszeiten von Schwimmbädern, reduzierte Angebote in Bildungseinrichtungen oder Pflegeeinrichtungen sowie die Verschiebung wichtiger Zukunftsprojekte – können eine gefährliche Negativspirale in Gang setzen. Die Abnahme der Lebensqualität verringert die Attraktivität der Gemeinden für Einwohnerinnen und Einwohner sowie Unternehmen, was zu Abwanderung, sinkenden Steuereinnahmen und einer weiteren Schwächung der öffentlichen Finanzen führt. Gleichzeitig verlieren lokale Unternehmen wichtige Aufträge, was die wirtschaftliche Stabilität der Region zusätzlich untergräbt.

In der Folge fehlen den Gemeinden die notwendigen Mittel, um dringend erforderliche Investitionen vorzunehmen, wodurch bestehende Probleme noch verstärkt werden. Eine nachhaltige Finanzpolitik sollte daher nicht auf kurzfristige Einsparungen setzen, sondern darauf abzielen, die wirtschaftliche und soziale Infrastruktur zu stärken und die langfristige Zukunftsfähigkeit der Gemeinden zu sichern.

Viele Aufgaben der Kommunen – wie die Bereitstellung von Kinderbetreuungs- und Bildungseinrichtungen, sozialen Leistungen, Freizeitangeboten, Sporteinrichtungen oder die Unterstützung von Vereinen und Institutionen wie Freiwilligen Feuerwehren oder Musikkapellen – sind essenziell für die Lebensqualität der Menschen vor Ort. Einsparungen in diesen Bereichen beeinträchtigen nicht nur das soziale Miteinander und die Gemeinschaft innerhalb der Gemeinde, sondern beschleunigen auch die Abwanderung und Ausdünnung des ländlichen Raums.

Die Städte und Gemeinden benötigen ausreichend finanzielle Mittel, um ihre vielfältigen Aufgaben für die Bürgerinnen und Bürger erfüllen zu können. Aktuell stehen sie jedoch vor erheblichen finanziellen Engpässen, die durch steigende Kosten und die unzureichende Finanzierung neu übertragener Aufgaben noch verschärft werden. Zusätzlich belasten Investitionsrückstände, der demografische Wandel und ein akuter Fachkräftemangel die Kommunen zunehmend.

Unsere Gemeinden sind das Fundament unserer Gesellschaft. Sie sind der Ort, an dem Menschen leben, arbeiten und ihre Zukunft gestalten. Lassen wir sie nicht im Stich. Gemeinsam können wir mit der notwendigen Entschlossenheit sicherstellen, dass sie gestärkt aus dieser Krise hervorgehen und ihre zentrale Rolle in der Gesellschaft weiter erfüllen können.

Die unterfertigten Abgeordneten verlangen gemäß § 71 Abs 1 GeoLT die Abhaltung einer Aktuellen Stunde zum oben angeführten Betreff.

Unterschrift(en):

LTAbg. Jochen Bocksruker (SPÖ), LTAbg. Mag.Dr. Wolfgang Dolesch (SPÖ), LTAbg. Chiara-Sophia Glawogger (SPÖ), LTAbg. Mag.(FH) Stefan Hofer (SPÖ), LTAbg. Mag. Doris Kampus (SPÖ), LTAbg. Johannes Schwarz (SPÖ), LTAbg. Andreas Thürschweller (SPÖ), LTAbg. Klaus Zenz (SPÖ)